

Newsletter



Unsere Woche im Bayerischen Landtag

Liebe Leserinnen und Leser,

mit neuem Schwung und voller Ideen kommen wir aus der parlamentarischen Sommerpause zurück. Unsere Herbstklausur in München haben wir erfolgreich gemeistert: Förderung der Start-Up- und Gründerszene, Zukunft des Schulunterrichts in Bayern unter Corona-Bedingungen und die Anpassung von Städten an den Klimawandel sowie viele weitere drängende Themen standen auf dem Programm.

Die dadurch neu gewonnenen Impulse finden sich auch in der **Regierungserklärung des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wirtschaftsministers Hubert Aiwanger** sowie in **weiteren Initiativen und Dringlichkeitsanträgen** der ersten Plenarsitzung vergangenen Mittwoch im Bayerischen Landtag wieder.

Um Bayern, die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger sowie die Wirtschaft zu schützen und zu stärken ist es jetzt geboten, wirksam und sinnvoll zu agieren, **um einen zweiten Lockdown zu verhindern.**



Wolfgang Hauber, MdL
Innenpolitischer Sprecher



Prof. (Univ.Lima) Dr. Peter Bauer, MdL
*Patienten- u. Pflegebeauftragter der Bayer. Staatsregierung
Pflegepolitischer Sprecher,
Frankensprecher*

Newsletter



Herbstklausurtagung in München vom 09.-11.09.2020

Rückblick

In seiner **Regierungserklärung** fasste Hubert Aiwanger die aktuelle Lage der Wirtschaft zusammen: **Die Auftragseingänge in der Industrie erholen sich langsam und die Arbeitslosenquote ist trotz des coronabedingten Anstiegs die niedrigste aller Bundesländer.**

Diese positive Entwicklung belegt, dass wir als FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag mit unserer umsichtigen sowie entschlossenen Corona-Politik den richtigen Weg eingeschlagen haben. **Vor allem**

mit dem Corona-Rettungsschirm des Wirtschaftsministeriums, der bereits Mitte März aufgespannt und mit seinem umfangreichen Maßnahmenpaket sogar zum Vorreiter für den Bund wurde.



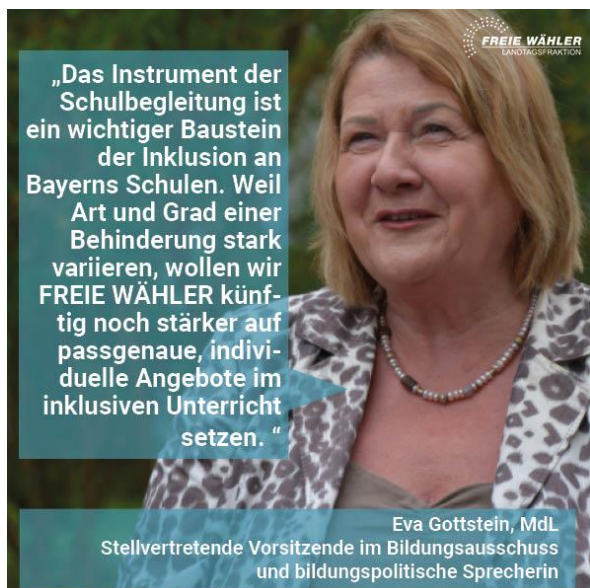
Newsletter

Damit haben wir FREIE WÄHLER im Bayerischen Landtag der Wirtschaft in Bayern zu einem raschen Neustart verholfen. Der beginnende Aufschwung ist vor allem dem vorausschauenden und beherzten Handeln des Wirtschaftsministers – etwa durch den frühen Start der Corona-Soforthilfen in Bayern – zu verdanken. Nun gilt es, auf dem Erreichten aufzubauen und die Weichen für die Zukunft zu stellen. Dazu gehört, wieder stärker auf **regionale Wirtschaftskreisläufe** zu setzen, gleichzeitig aber **gezielt in innovative Unternehmen und Start-Ups zu investieren**, um den Wirtschaftsstandort Bayern fit für die Zukunft zu machen.



Mit einem Dringlichkeitsantrag fordern wir die **Einführung einer europaweit gültige „Corona-Ampel“** nach dem Vorbild Österreichs oder Tschechiens. Diese soll eine transparente Darstellung des regionalen Infektionsgeschehens in ganz Europa ermöglichen – das ist wichtiger denn je! **Denn regionale Cluster und Hotspots brauchen starke regionale Antworten.** Durch den Vorschlag der EU-Kommission zur Einführung einer differenzierten Corona-Ampel kann genau das erreicht werden: Sie stellt nicht allein auf die in Deutschland übliche 7-Tages-Inzidenzrate ab, sondern darüber hinaus auf die **Gesamtzahl durchgeführter Tests pro 100.000 Einwohner**, den **Anteil positiver Tests**, die **Erklärbarkeit des lokalen Infektionsherdes** sowie die **Ressourcen im örtlichen Gesundheitssystem**. So wird die tatsächliche epidemische Lage für alle Bürgerinnen und Bürger in Europa klar ersichtlich. Einheitliche Kriterien, die jeder verstehen und nachvollziehen kann, fördern die Akzeptanz von Anti-Corona-Maßnahmen erheblich und tragen auf diese Weise zu deren konsequenteren Umsetzung bei. **Um lokalen Corona-Ausbrüchen schnell und effizient begegnen zu können, benötigen wir jetzt ein Bündel von klugen Maßnahmen – und deshalb eine einheitliche Corona-Ampel für ganz Europa.**

Newsletter



Auch haben wir uns mit einem Dringlichkeitsantrag dafür eingesetzt, **die EU-Regionalleitlinien ab 2022 für Bayern gerechter zu gestalten. Denn die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Regelungen zur regionalen und wirtschaftlichen Förderung würden gerade die bayerischen Grenzregionen zu Tschechien benachteiligen.** Ein noch steileres Fördergefälle würde unsere Erfolge im wirtschaftlichen Aufholprozess dieser Region massiv gefährden. Es kann nicht sein, dass EU-Regionalfördergebiete, die Deutschland beispielsweise in Regionen um den Bayerischen Wald, Cham und Hof zugestanden werden, im gleichen Zug beschnitten werden. **Diese Art von Verwerfungen zwischen europäischen Regionen muss verhindert und ein gleichmäßiges Wachstum auf beiden Seiten der Grenzen gewährleistet werden.**

Auch die **fehlende Berücksichtigung des Brexit-Effekts** in den künftigen Berechnungen der Fördergebiete bereitet uns Sorgen. Denn trotz des Austritts der Briten möchte die EU-Kommission an der alten Berechnungsmethode der nationalen Fördermöglichkeiten festhalten. So werden Deutschland und damit auch Bayern neben steileren Fördertreppen in Grenzregionen zusätzlich von einem statistischen Berechnungseffekt getroffen:

Newsletter

Wir zahlen mehr, bekommen aber weniger. Das ist eine Milchmädchenrechnung für den Grenzraum. Ob Corona-Krise, Brexit oder regional-wirtschaftliche Unterschiede: Wichtig ist eine sinnvolle, gleichmäßige und vor allem gerechte Förderung der Regionen in Bayern und Europa – schließlich lebt die EU von der Solidarität ihrer Mitgliedsstaaten untereinander.



Erste Fraktionssitzung nach der parlamentarischen Sommerpause

Als Erfolg konnten wir klar verbuchen, dass sich unser Regierungspartner endlich unseren steuerpolitischen Forderungen anschließt. Denn **seit jeher fordern wir die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags**. So haben wir uns mit einer Vielzahl von Dringlichkeitsanträgen klar gegen den „Soli“ und **für eine Senkung von Unternehmenssteuern** starkgemacht. Doch die Umsetzung scheiterte bisher am Widerstand einiger Bundesländer und der Bundesregierung – an welcher die CSU beteiligt ist. Doch nun müssen den Worten auch Taten folgen. Die unsägliche Zuschlagsteuer zum Wiederaufbau der östlichen Bundesländer hat ihre Berechtigung bereits seit Jahren verloren und ist nun umgehend und ersatzlos zu streichen. **Mittelstand und Steuerzahler dürfen gerade in der Krise nicht weiter geschröpft werden: Der Soli muss endlich weg!**

Newsletter



**Wir wünschen Ihnen und Ihren Familien
einen schönen Start in den Herbst!**



Prof. (Univ. Lima)
Dr. Peter Bauer

Wolfgang Hauber

Newsletter



Impressum

V.i.S.d.P.:

Wolfgang Hauber, MdL

Abgeordnetenbüro
Bahnhofstraße 19, 91781 Weißenburg
Tel.: 09141 / 99 70 170

Email: wolfgang.hauber@fw-landtag.de
Homepage: www.mdl-wolfgang-hauber.de
Facebook: www.facebook.com/hauberwolfgang/
Instagram: www.instagram.com/hauberwolfgang/
Twitter: www.twitter.com/@HauberHauwei

und

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, MdL

Abgeordnetenbüro
Weinbergstr. 47, 91623 Sachsen b. Ansbach
Tel.: 09827 – 207585, Fax: 09827 – 207586

Email: peter.bauer@fw-landtag.de
Homepage: www.frankensprecher.de
Facebook: www.facebook.com/PeterBAUER.Frankensprecher
Instagram: www.instagram.com/peterbauerfrankensprecher
Twitter: www.twitter.com/@frankensprecher
